

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)



Redaktionsort: Tagesblatt Riesa.
Gemeindef. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassentor: Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 247.

Dienstag, 21. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorzahlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigenbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winteclich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Reichstag ist aufgelöst.

Neuwahlen Sonntag, 7. Dezember.

Berlin, 20. Oktober. (Amtlich.) Die Bemühungen des Reichskanzlers, die letzte Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen.

Die Auflösungsverfügung.

(Berlin, 20. Oktober. (Amtlich.) Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident,
Gen. Ebert.

Der Reichskanzler,
Gen. Marx.“

Ueberbringung der Auflösungsverordnung.

(Berlin. Gestern abend um 8 Uhr überbrachte der Staatssekretär der Reichskanzlei Bracht dem Reichspräsidenten die Auflösungsverordnung. Die Ausschüsse des Reichstages, die schon Sitzungen anberaumt hatten, sind abgelehnt worden. Die Fraktionen sollen als solche auch fort; jedoch ist es ihnen unbenommen, als Vertrauensmänner ihrer Parteien in den Räumen des Reichstages auch weiter sich zu versammeln.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat für Mittwoch vormittag 10 Uhr eine Fraktionssitzung einberufen, auf deren Tagesordnung die Vorbereitung der Reichstagswahlen steht. Am heutigen Dienstag wird auch die national-sozialistische Reichstagsfraktion noch eine Sitzung abhalten, in der sie ebenfalls zu der neuen Lage Stellung nehmen wird.

Als die Kabinettsitzung am letzten Sonnabend zu Ende war, wurde ein Kommuniqué herausgegeben, das betrug, daß am Montag abend die Regierungskrise ein Ende haben sollte. Reichskanzler Dr. Marx war es offenbar müde, die Krise noch länger hinzuziehen zu lassen, und die zahllosen Stimmen aus dem Lande, die von allen Parteien erriechen, endlich einmal Schluss zu machen, verfehlten ihren Eindruck nicht. Das Ende der Krise ist freilich ein ganz anderes als wir erwarteten und als selbst noch die Mehrheit der Abgeordneten glaubte, die um 6 Uhr abends im Reichstag versammelt waren.

Wie kam es zur Auflösung? Die Fraktion der deutschen Demokraten hat auf den Befehl des Reichskanzlers erwidert, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, sich an einem nur nach rechts erweiterten Kabinett nicht zu beteiligen und auch den Reichswehrminister Dr. Gehler im Kabinett nicht zu belassen. Diese Haltung der Demokraten war für den Reichskanzler Dr. Marx ausschlaggebend. Der Kanzler glaubte nicht die Linie seiner bisherigen Außenpolitik fortsetzen zu können, wenn die Demokraten die Mitarbeit im Kabinett ablehnten und die Regierung bei ihrem Bestreben eine Mehrheit in dem Reichstag zu erhalten auf die Nationalsozialisten angewiesen wäre. In wie weit seine Haltung im Kabinett von den Schwierigkeiten der Reichstagsfraktion des Zentrums diktiert war, entzieht sich begreiflicherweise der öffentlichen Kenntnis. Doch besteht Grund zu der Annahme, daß der Kanzler gerne die Gelegenheit wahrnahm, um ein wenn auch nur vorübergehendes Auseinanderfallen seiner Fraktion und Partei zu verhindern.

Die Politik der Deutschen Volkspartei war in dieser Krise durchaus gradlinig. Wie die Demokraten auf der einen Seite die Erweiterung der Reichsregierung nach rechts ablehnten, so hielt sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an ihre Augenkooresprechung. Sie ging in der Erklärung ihres Wortes soweit, daß sie die Zurückziehung ihrer Minister für den Fall in Aussicht stellte, daß die Deutschnationalen bei Wiederauftritt des Reichstages nicht in der Reichsregierung säßen. Die Fraktion hat ihr Wort eingelöst. Wenn ihre Bemühungen nicht zum Ziele führten, so werden die Deutschnationalen schon ihr Gewissen erleichtern dürfen, ob sie in der Krise immer geschickt taktierten und das politische Augenmaß für das tatsächliche Greifbare besaßen. Bei den Verhandlungen am Montag stellten sie eine Rückfrage an den Reichskanzler und lehnten eine Beantwortung des Kanzlerbriefes ab, weil sie selbst noch ohne Antwort gelieben waren. Die deutschnationale Reichstagsfraktion vertagte sich kurz nach 6 Uhr auf Dienstag mittag 12 Uhr. Um 7 Uhr war indessen schon die Auflösungsverordnung des Reichstages ausgesprochen. Der Auflösungsbeschluss des Kabinetts hat sie völlig überrascht. Nun hat das deutsche Volk das Wort.

Berlin. (Zuntspruch.) Amtlich. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. 10. 1924 die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

Der Kanzler über die Gründe der Reichstagsauflösung.

Berlin. (Zuntspruch.) In einer Unterredung mit einem Vertreter des Volkspartei-Büros wies Reichskanzler Marx darauf hin, wie nach den bekannten Vereinbarungen zwischen Vertretern der Regierungsparteien und den Deutschnationalen gelegentlich der Abstimmung über die Dames-Gesetze die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden war. Es sei ihm leider nicht möglich gewesen, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, weil von deutschnationaler Seite über die vom Kanzler aufgestellten Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den Sozialdemokraten als nicht vereinbar mit der von ihm vertretenen Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl dem Kanzler der Zeitpunkt der Regierungserweiterung nach rechts als verfrüht erschien, habe er angesichts der durch den Beschluss der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestandes der jetzigen Regierungskoalition ernsthaft den Versuch unternommen, durch Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eine sichere Basis für die Regierung zu schaffen. Dazu hätten die Demokraten in der Koalition verbleiben und außerdem alle Stimmen innerhalb der nach rechts erweiterten Koalition der Regierung sicher sein müssen. Die Demokraten triffen jedoch in wiederholten Beschlüssen mit, daß sie einer einseitigen Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht zustimmen könnten und machten ihr Verbleiben in der Regierung davon abhängig, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen unterbleibe.

Bei dieser Sachlage war der Hauptgrund für die Regierungserweiterung, nämlich die Befähigung der Regierungsmehrheit, hinsichtlich geworden, umso mehr, als keineswegs sicher war, daß gerade der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen reiflos alle Stimmen der neuen Regierungskoalition zufallen würden. In den letzten Tagen verstärkte sich insbesondere der Eindruck, daß die deutschnationalen Stimmen nur dann für die Regierung sicher sein würden, wenn die Deutschnationalen auch durch Männer in der Regierung vertreten wären, die gegen die Damesgesetze gestimmt haben und Vertrauensmänner des rechten Flügels der Deutschnationalen Partei sind. Die Erkenntnis wurde daher immer klarer, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit nicht möglich war. So habe er im Reichskabinett die übereinstimmende Billigung für seinen Entschluss gefunden, dem Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages zu unterbreiten. Das deutsche Volk sei nun erneut vor die ernste Entscheidung gestellt, einen Reichstag zu wählen, der die schweren Aufgaben der kommenden Monate lösen und Deutschland das im Ausland erworbene Vertrauen erhalten könne. Er hoffe, daß der Wahlkampf nicht von heimlichen Parteizänkereien beherrscht sein werde. Die Schuld an dem Wirrwarr liege daran, daß die Wahlen im Reichstag zustande kämen, die ein sprichwörtliches Arbeiten unmöglich machten. Von der neuen Entscheidung des deutschen Volkes wird es abhängen, ob die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahre trotz allem vorangebracht hat, in Zukunft gesichert sein wird.

Reges Leben im Reichstagsgebäude.

Berlin. (Zuntspruch.) Im Reichstagsgebäude herrschte heute vormittag trotz der Auflösung des Reichstages reges Leben. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien hatten sich eingefunden und besprachen erregt die Lage und die Aussichten für die Neuwahlen. Den Abgeordneten war durch ein amtliches dringendes Telegramm in folgender Form von der Auflösung Kenntnis gegeben worden: „Sitzung fällt infolge Auflösung des Reichstages aus. Reichstagsbüro.“ Zahlreiche Abgeordnete waren durch die Auflösung außerordentlich überrascht, da sie immer noch bis zum letzten Augenblick auf einen Ausgleich gehofft hatten. Am heutigen Dienstag treten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und das Zentrum zusammen, am Mittwoch versammeln sich die Sozialdemokraten, die Bayerische Volkspartei, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei. Der Reichsvorstand der Demokratischen Partei ist ebenfalls im Reichstagsgebäude zusammengetreten, um die Neuwahlen vorzubereiten. Er tagt gemeinsam mit den bisherigen demokratischen Reichstagsabgeordneten und den Vorstandsmitgliedern der demokratischen Fraktion des preussischen Landtags.

Die letzten Beratungssitzungen.

Berlin. Nachdem die deutschnationale Fraktion sich gestern in einer etwa zweistündigen Sitzung von neuem mit der Durchsicht der Lage beschäftigt hatte, vertagte sie ihre Aussprache auf 7/8 Uhr abends ohne eine materielle Entscheidung gefaßt zu haben. Die Fraktion fand nämlich keine Veranlassung auf den Befehl des Reichskanzlers eine materielle Entscheidung zu fällen, da die Stellungnahme

der demokratischen Fraktion, von der der Reichskanzler als Voraussetzung angesehen war, zu dieser Stunde noch nicht bekanntgegeben war.

Am Nachmittag um 5 Uhr beendete die Demokratische Fraktion ihre Besprechung, und der Vorsitzende der Fraktion Abn. Koch beachtete sich sofort zum Reichskanzler, um diesem die Antwort der Fraktion auf die briefliche Anfrage des Reichskanzlers mitzuteilen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion versammelte sich wieder um 6 Uhr, ging aber ohne weitere Erörterung sofort wieder auseinander, da sie keine Veranlassung habe, auf die Beschlüsse der demokratischen Fraktion oder sonst auf irgendwelche Weisungen zu warten. Die Fraktion tritt am Dienstag um 12 Uhr mittags wieder zusammen. Inzwischen sollten aber die Verhandlungen mit dem Reichskanzler durch die Fraktionsführer angedreht werden. Eine Antwort auf den Brief des Reichskanzlers ist insofern erfolgt, als noch eine Rückfrage gestellt wurde.

Nach 6 Uhr abends endlich gab die Demokratische Fraktion ihrem dem Reichskanzler durch die Abn. Koch und Erkelenz übermittelten Beschluss bekannt. Der Beschluss wiederholt die früheren Erklärungen, daß nicht der geringste Grund für eine Regierungskrise vorzuliegen habe und daß das bestehende Kabinett von dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten würde. Die Demokratische Fraktion könne eine einseitige Verbreiterung des Kabinetts nach rechts mit ihrer Verantwortung nicht befehlen, zumal in das neue Kabinett auch Deutschnationale berufen werden sollten, die das Dames-Gutachten ablehnt hätten. Nach dem Verlangen, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu belassen und durch einen solchen den Beschluss unklare Verantwortlichkeiten zu schaffen, könne die Fraktion nicht entsprechen. Bei der Uebernahme dieses Beschlusses an den Reichskanzler rieten die demokratischen Führer dem Kanzler, mit der bisherigen Regierung am Mittwoch vor dem Reichstag zu treten. Der Reichskanzler bezieht sich keine Entscheidung vor.

Die Berliner Presse zur Reichstagsauflösung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Reichstagsauflösung gegenüber dem wirren und unwürdigen Hin und Her ziel- und aussichtsloser Verhandlungen das kleinere Übel. Hinsichtlich der Neuwahlen spricht das Blatt den dringenden Wunsch aus, daß nach Möglichkeit eine einheitliche Front der rechtsstehenden Parteien für die Wahl herbeigeführt werde. Auch der „Berl. Volksk.“ legt sich für ein Zusammengehen der Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei bei den kommenden Reichstagswahlen ein. Wie die Deutsche Volkspartei in den letzten Wochen unablässig die Regierungserweiterung nach rechts betrieben habe, so werde sie im bevorstehenden Wahlkampf ihre Kraft für das gleiche Ziel einbringen. Die „Deutsche Wk. Ztg.“ bezeichnet es als die politische Forderung der Stunde, daß Deutsche Volkspartei und Deutschnationale mindestens ein Wahlbündnis treffen müssen. Es verhohe gegen die nationalen Interessen, wenn diese beiden Parteien sich im Wahlkampf bis auf Messer bekämpfen.

Die „Germania“ sagt: Dieses Parlament war ein verästeltes Sprößling der Inflationszeit, nicht fähig zur praktischen Arbeit und den Todesstimm bei seiner Geburt in sich tragend. Ein einziges Mal hat der Reichstag seine Aufgabe erkannt, als er am 29. August die Dawesgesetze mit großer Mehrheit annahm. Und doch war dieser Beschluss erst der Anfang einer Politik, die fortgesetzt werden muß, wenn nicht alle Erfolge der letzten Zeit wieder in Frage gestellt werden sollen. Die Sicherung des bisherigen Kurzes der deutschen Politik wird das Ziel der bevorstehenden Wahl sein müssen.

Unter der Ueberschrift: „Für die Republik“ schreibt der Vorsitzende des Parteiausschusses der demokratischen Partei Erkelenz in der „Wk. Ztg.“: Der durch den französischen Imperialismus des Herrn Voicars durch die Marktzerrüttung und die Inflation erzeugte Reichstag hat geendet. Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Weimarer Republik in der deutschen Außenpolitik, die seit London angebahnt ist. Das schwer leidende deutsche Gebiet fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschland wieder zur gleichberechtigten Nation in Europa macht.

Der „Vorwärts“ erklärt, die Kunde von der endlich vollzogenen Auflösung dieses unmöglichen Reichstages vom 4. Mai habe überall in den Kreisen der Sozialdemokratie geradezu Jubel hervorgerufen. Man empfinde diese Auflösung als einen Weg der Vernunft und des Rechts.

Die Münchener Blätter zur Lage.

München. (Zuntspruch.) Die Morgenblätter besaßen sich in ausführlichen Kommentaren mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage. Die Demokratische Allgemeine Zeitung schreibt unter anderem, die Demokratische Partei habe mit ihrer Weigerung Politik auf weite Sicht getrieben. Nur eine starke Mitte könne außen- und innenpolitisch die Zusammenfassung aller Kräfte darstellen, die notwendig sei, um in der Weltpolitik und Weltwirtschaft als gleichberechtigter Partner zu gelten. Die Münchener Ansburger Abendzeitung verurteilt ebenso wie der Bayerische Kurier die Auflösung des Reichstages und die Haltung der Demokraten. Die Münchener Neuesten Nach-